Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

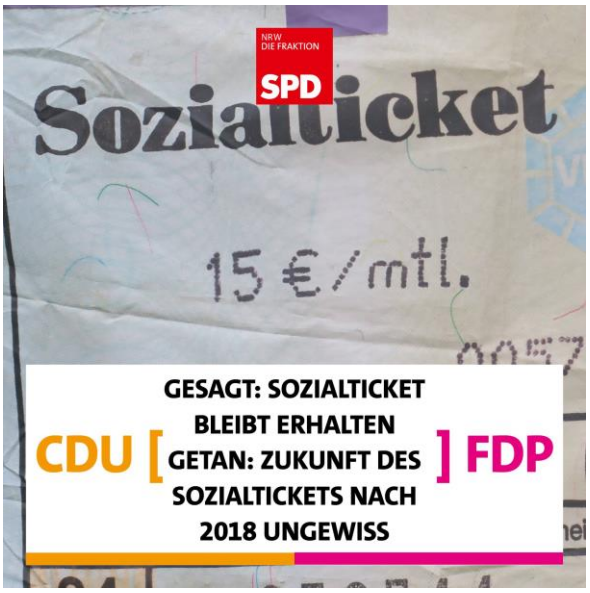
Newsletter Dezember 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

das erste Jahr als Landtagsabgeordnete neigt sich dem Ende. Es war ein spannendes Jahr, in dem ich viele neue Erfahrungen gesammelt und viele Menschen kennengelernt habe. Hinter mir liegen anstrengende Wochen, ich möchte diese Zeit aber nicht missen. Ich freue mich auf ein ebenso spannendes Jahr 2018. Nachdem in den letzten Monaten die Aufstellung des Nachtragshaushalts 2017 und des Haushalts für 2018 im Mittelpunkt stand, werden wir im neuen Jahr auch neue inhaltliche Pflöcke setzen und im Wahlkreis das ein oder andere Format starten können.
In den letzten drei Wochen standen die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen im Mittelpunkt. Durch die Bank hinweg zeigt sich, dass der Haushalt der Mitte-Rechts-Koalition, wie wir in der SPD-Landtagsfraktion immer wieder deutlich machen, ein Haushalt der sozialen Kälte und der gebrochenen Versprechen ist.
Wofür die Mitte-Rechts-Regierung steht, sieht man aber auch bei der Fusion von ThyssenKrupp Steel und Tata Steel. Wirtschaftsminister Pinkwart hat seine Verdienste dabei erworben, dass der neue Unternehmenssitz in die Niederlande geht. Damit schwächt er den Industriestandort NRW und die Montanmitbestimmung.
Trotz dieser schlechten Nachricht wünsche ich Ihnen und Euch ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins Jahr 2018.

Ihre/Eure

NRW
DIE FRAKTION
SPD



Großer Erfolg für die ThyssenKrupp-Beschäftigten, aber ein schlechter Tag für die Montanmitbestimmung

Die IG Metall hat sich mit dem Vorstand von Thyssen-Krupp auf Sicherheiten für die Beschäftigten bei der Stahltochter angesichts der geplanten Fusion mit Tata Steel geeinigt. Alle Beschäftigten erhalten eine Jobgarantie bis 2026, die längste Jobgarantie, die jemals ausgesprochen wurde. Damit sind die 2000 Stellen, die gestrichen werden sollten, vom Tisch. Zudem verpflichten sich ThyssenKrupp und Tata, mindestens 400 Millionen Euro pro Jahr zu investieren. Das ist ein großer Erfolg und zeigt, dass eine starke Arbeitnehmer*innenvertretung viel erreichen kann.

Schlecht sieht es jedoch um die Zukunft der Montanmitbestimmung aus. Der Unternehmenssitz des neuen Stahlablegers von Thyssen-Krupp und Tata Steel wird in den Niederlanden angesiedelt. Damit erhalten die Arbeitneh-

mer*innen weniger Mitbestimmungsrechte. Bedeutenden Anteil hatten daran neben dem Vorstand und der Krupp-Stiftung als wichtigster Anteilseigner am ThyssenKrupp-Konzern auch NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP). Der Vize-Aufsichtsratsvorsitzende und IG-Metaller Detlef Wetzel äußerte sich in der NRZ dazu treffend: „Das grenzt für mich an Verrat am Industriestandort NRW."
Im Landtag wollten wir in dieser Woche ebenfalls über das Thema diskutieren. Sowohl SPD als auch Grüne hatten eine Aktuelle Stunde zur Absage des von der Landesregierung angekündigten Stahlgipfels beantragt. Landtagspräsident André Kuper lehnte diese ab. Ein Antrag zur Änderung der Tagesordnung und damit der Ergänzung einer zweiten Aktuellen Stunde wurde von den Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Mitte-Rechts-Koalition war nicht bereit, ihre verfehlte Industriepolitik zu rechtfertigen.

Mitte-Rechts-Regierung zeigt im Familienhaushalt kein Herz für Alleinerziehende und Eltern mit geringen Einkommen

Der Haushalt für Kinder, Jugend und Familie wurde in der letzten Ausschusssitzung und im Plenum sehr kontrovers diskutiert. Die SPD ist die einzige Partei, die mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen in die Haushaltsberatungen des Familienausschusses gegangen ist.
Wir hatten in unseren Haushaltsanträgen dafür geworben, besonders Alleinerziehende bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Dafür sollten die positiven Erfahrungen aus dem Essener Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne" des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) genutzt und auf neue Standorte im ländlichen Raum ausgeweitet werden. Damit könnte Alleinerziehenden eine Betreuung ihrer Kinder zu Hause und außerhalb regulärer Kita-Öffnungszeiten angeboten werden. Erste Erfahrungen zeigen, dass dadurch die Familienzufriedenheit und Chancen von Müttern am Arbeitsmarkt erheblich steigen. 1,25 Millionen Euro in diesem Jahr und höhere Summen in den Folgejahren waren dafür vorgesehen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist offenkundig kein Schwerpunkt der Mitte-Rechts-Koalition.
Darüber hinaus sollte der Kinder- und Jugendförderplan nach dem Willen der SPD-Fraktion um rund 10,5 Millionen Euro auf 130,4 Millionen Euro steigen. Ebenso wollte die SPD den Zugang zu kostenfreien Elternkursen für sozial benachteiligte Familien ausweiten – ein wichtiges Glied von Präventionsketten vor Ort. Für Familien mit geringem Einkommen sollte die Möglichkeit zur Familienerholung ausgeweitet werden.
All diese Ziele haben CDU und FDP abgelehnt. Die Koalitionsfraktionen setzen ihren Kurs fort. Stattdessen werden 22 neue Stellen im Familienministerium geschaffen, nachdem sich Familienminister Joachim Stamp bereits im Nachtragshaushalt 2017 19 zusätzliche Mitarbeiter gönnte.

Kriminalisierung von Ärzt*innen stoppen

Ende November wurde eine Frauenärztin in Hessen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Internetseite über den Ablauf eines Schwangerschaftsabbruches informiert hatte. Im Strafgesetzbuch gibt es seit 1933 einen Paragraphen, der die Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellt. Leider kommt dieser auch zum Tragen, wenn es sich nicht um Werbung, sondern um öffentlich bereitgestellte Information handelt. Diese juristische Ungenauigkeit nutzen radikale Abtreibungsgegner systematisch aus, um Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, zu verklagen. Hinzu kommen Denunziationen im Internet und der Aufruf der indirekten Einschüchterung. Auch deshalb nimmt die Zahl der Ärzt*innen, die bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen ab.
Ich begrüße es, dass die SPD-Bundestagsfraktion, aber auch die SPD-geführten Länder Berlin, Hamburg und Brandenburg mit Thüringen jeweils einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des besagten Paragraphen 219a erstellt bzw. eingebracht haben. Denn um Werbung zu verhindern, braucht es den Paragraphen nicht, da dies bereits durch andere Gesetze und Verordnungen geregelt ist.
Auch im Landtag haben wir das Thema in einer sehr hitzigen Debatte am 21.12. diskutiert.

Video Plenarrede: https://youtu.be/d8jxRxl89Hg
Video gesamte Debatte: http://bit.ly/2DxDZBN (ab Std. 8:46:00)

Keine Weiterentwicklung beim Gleichstellungshaushalt

Am 20.12. beriet der Landtag in zweiter Lesung den Haushalt 2018. In der zweiten Lesung werden die Einzelpläne der Ministerien debattiert. Ich habe für die SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf für den Bereich Gleichstellung und Frauen Stellung bezogen. Hier hat die Landesregierung noch nicht den Rotstift angesetzt, wie es in anderen Einzelplänen, gerade im sozialen Bereich – bei Prävention und Beratung – der Fall ist. Noch nicht! Ich gehe davon aus, dass die harten Brocken erst in den nächsten Jahren folgen werden. Denn momentan ist die Diskussion z.B. über überfüllte Frauenhäuser zu präsent, als dass sich die Mitte-Rechts-Regierung an die Streichung von Beratungsangeboten für Frauen trauen würde.

Anders sieht es aber bei den Landesfachstellen „Trauma und Leben im Alter“ aus, die auch Beratungsstellen unterstützen und vernetzen, die die Themen Gewalt an Frauen oder an Homo-, Bi- und Transsexuellen aufgreifen. Diese werden nämlich am Ende des Jahres ersatzlos gestrichen. Damit geht auch viel Fachwissen, das dort entstand, verloren, was wenig nachhaltig ist. Unser Änderungsantrag, die Landesfachstellen weiter zu fördern, wurde von den Regierungsfraktionen abgelehnt.
Positiv immerhin: Die Landesregierung stellt den Kommunen 6,4 Millionen Euro als Belastungsausgleich für das neue Prostituiertenschutzgesetz zur Verfügung. Allerdings stand dies, zumindest bei der Rednerin der FDP auch schon wieder zur Disposition, da nur wenige Prostituierte sich bei den Kommunen anmelden.
Die Frauenhäuser erhalten 2,5 Prozent mehr Mittel, um die gestiegenen Fixkosten auszugleichen. Es ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn immer noch müssen die Frauenhäuser jede zweite Frau, die bei ihnen Hilfe sucht, mangels Kapazitäten abweisen. Unter Rot-Grün wurde das Angebot deutlich ausgebaut, die finanziellen Mittel des Landes um 70 Prozent erhöht. Heute reicht das aber nicht mehr aus. Statt unseren Ansatz weiterzuentwickeln, erleben wir gerade bei CDU und FDP einen Stillstand in der Frauenpolitik.
Besonders stolz sind die Regierungsfraktionen, dass sie nun auch etwas für von Gewalt betroffene Männer tun wollen. Allerdings verschweigen sie, dass der Haushaltsansatz von 100.000 Euro doch sehr überschaubar ist.

Plenarrede zum Frauenhaushalt 2018: https://youtu.be/Smq-3E3va5o

Genderpricing: Studie bestätigt Diskriminierung durch geschlechtsspezifische Preise

Eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bestätigt, was vielen Frauen beim Einkaufen oder beispielsweise beim Besuch des Frisörs längst aufgefallen ist. Nicht selten unterscheiden sich Preise für gleichartige Produkte und Dienstleistungen, wenn sie scheinbar allein dem äußeren Erscheinungsbild nach an Frauen gerichtet sind. Bei diesem „Genderpricing“ genannten Phänomen zahlen Frauen z.B. für Rasierer oder Pflegeprodukte deutlich mehr als Männer. Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede aber im Dienstleistungsbereich, z.B. beim Besuch des Frisörs oder von Reinigungen. Klar, es gibt auch das umgekehrte Phänomen, dass Männer mehr zahlen. Es ist statistisch aber nicht so ausgeprägt wie bei den Frauen.
Dabei verdienen Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer, wodurch die Diskriminierung noch verstärkt wird. Frauen ist daher zu empfehlen, auf die diskriminierende Preisgestaltung zu achten und ggfs. den Kauf überteuerter Produkte zu lassen. Aber auch die Politik ist gefragt. Sollten diese Ungleichbehandlungen nicht bereits aufgrund von geltenden Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetzen behoben werden können, bedarf es einer Rechtsanpassung auf Bundesebene.

Pressemitteilung: https://wp.me/p7RICK-hk
Informationen zur Studie der Antidiskriminierungsstudie des Bundes: http://bit.ly/2DuGtRm

Einladung zum Landtagstalk „Zukunft des Ganztags – Wichtiger Baustein für gute Bildung“

Die SPD-Landtagsfraktion lädt Interessierte zu einem Landtagstalk ein. Ganztagsschulen haben sich in der Schullandschaft etabliert. Sowohl in der Frage der Bildungsgerechtigkeit, als auch bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten sie wichtige Arbeit. Sie bieten die Möglichkeit, jedes Kind optimal zu fördern, indem sie Perspektiven über den schulischen Lernstoff hinaus eröffnen – etwa in die Bereiche Sport und Kultur. Ein erfolgreiches Zusammenspiel von Schule und außerschulischen Partnern ist dabei von besonderer Wichtigkeit, denn nur so kann ein Mehrwert des Ganztags für alle Beteiligten erfolgen.
Bislang fehlt ein einheitliches Verständnis darüber, was gute Ganztagsschulen ausmacht und welche Rahmenbedingungen notwendig sind. Klar ist dabei aber, dass die Ansprüche an den Ganztag gewachsen sind: Fragen zu flexiblen Betreuungszeiten, finanzielle Ausstattung und Qualitätsstandards sind zu beantworten.
Gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann und Prof. Dr. Klaus Klemm, den Autoren der Studie „Mehr Schule wagen. Empfehlungen für einen guten Ganztag“ wollen wir in die Diskussion um ein Zukunftskonzept „Guter Ganztag“ einsteigen.

Einladungsflyer: https://wp.me/a7RICK-hn
Anmeldung: http://bit.ly/2BktQqo

Genoss*innen besuchten Landtag

Zum Ende des Jahres besuchten mich Genoss*innen aus dem Wahlkreis im Landtag. Da das Plenum etwas Verspätung hatte, kam die Gruppe pünktlich zu meiner Haushaltsrede auf die Zuschauertribüne, so dass sie diese mitverfolgen konnte. Anschließend trafen wir uns und diskutierten über meine Arbeit im Landtag, verschiedene politische Themen und die aktuelle Lage bei den Koalitionsverhandlungen im Bund.

Die Wirtschaftsmacht von nebenan

Am 19.12. war ich zu einem Vortrag bei der Kreishandwerkerschaft Dortmund/Lünen zu Gast. Im Gesellenausschuss dozierte ich vor den Mitgliedern des Ausschusses, Vertretern der Innungen und dem Prüfungsvorstand der Elektroinnung über die wirtschaftliche Bedeutung des Hand-

werks, die Rolle des Meistertitels, die Ausbildung, die Zukunft des Handwerks und die Wirtschaftspolitik der SPD-Landtagsfraktion, die das kleine und mittlere Gewerbe in den Vordergrund stellt.
Besonders habe ich mich über die Einladung nach Lünen zu einem Tagespraktikum in einen Elektrohandwerksbetrieb gefreut. Dieses wird im nächsten Jahr in ein neues Veranstaltungsformat einfließen. Ich möchte regelmäßig Tagespraktika in den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen durchführen. Ich möchte gerne einen umfassenden Einblick in die Arbeitswelt der Menschen bekommen und auch einmal einen Blick in die Berufe, die mir noch fremd sind, werfen.

Im Wahlkreis unterwegs

Wundert Euch nicht, dass die Liste dieses Mal etwas kürzer ist. Zum einen erschien der letzte Newsletter gerade mal vor knapp drei Wochen, zum anderen war der Sitzungsrhythmus im Landtag in dieser Zeit wegen der Haushaltsberatungen sehr dicht. Dennoch habe ich auch dieses Mal wieder Termine im Wahlkreis wahrnehmen können: Infostand SPD-SB Hörde, Jubilarehrung SPD-OV Menglinghausen, Frauennetzwerk Ruhr, Vonovia-Informationsabend zu den Planungen an der Karlsbader Straße in Hombruch, Jahresabschlussfeier SPD-OV Höchsten-Loh, Infostand SPD-OV Lütgendortmund, Jubilarehrung AWO-OV Lücklemberg, Verleihung des Nelly-Sachs-Preises der Stadt Dortmund, Verabschiedung der SPD-Mitarbeiterin Gabi Kessür, Trauerfeier von

Franz-Josef Drabig, Vorstandssitzung AfA Westliches Westfalen, Gegendemo zur Nazi-Kundgebung am Rande des Dortmunder Weihnachtsmarkts, Infostand SPD-SB Hombruch, Ankunft des Friedenslicht aus Bethlehem in Hombruch, Vortrag bei der Kreishandwerkerschaft Dortmund. Am 27.12. werde ich in der Zeit von 12 bis 15 Uhr am Stand der Aidshilfe Dortmund auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt für einen guten Zweck Glühwein verkaufen. Wer Lust hat, schaut einfach mal vorbei. Das wird dann der letzte Termin in diesem ereignisreichen Jahr sein.

Wahlkreisbüro im Weihnachtsurlaub

Das Wahlkreisbüro ist zwischen Weihnachten und Neujahr im Weihnachtsurlaub. Außerdem bleibt das Büro am Freitag, 05.01.2018 geschlossen. Ansonsten erreicht Ihr die Büros im Wahlkreis und im Landtag ab dem neuen Jahr wieder an folgenden Tagen:

- Montag (Landtag)
- Dienstag (Wahlkreis)
- Mittwoch (Wahlkreis oder Landtag)
- Donnerstag (Wahlkreis oder Landtag)
- Freitag (Wahlkreis)

jeweils von 10.00 bis 16.00 Uhr unter 0231 / 58 56 18 (Wahlkreis) oder 0211 / 884 2638 (Landtag).